

Einfluß zu fügen. Wir haben heute die Erfahrung gemacht, daß die Gesandten um so mehr abberufen werden können, weil bei jeder Gelegenheit sich ein Anwalt finden wird, der auch die österreichischen Interessen, sei es auch gegen seinen Willen, wie Freund Böricke, zu vertreten im Stande und gemeint ist.

Abg. Sahn: Ich will mir nur wenige Worte gegen unsern Secretair Hohlfeld erlauben, welcher seine Abstimmung damit motivirte, daß er die ganze Sache und den Abg. Hirschold, der für dieselbe sich interessirte, lächerlich machte, indem er freilich gar keine andern Gründe aufstellte. Ich kann nicht leugnen, daß die Art, wie der Abg. Hohlfeld die so wichtige Sache lächerlich gemacht hat, mich indignirt hat. Ist zunächst eingewendet worden, daß der Staat die verlangten Geldmittel nicht entbehren könnte, so erwidere ich darauf, daß wir sie gar nicht nöthig haben laut meiner frühern Bemerkungen. Der Staat hat nur dies zu thun und dafür zu sorgen, daß das Bad hergestellt werde. Was die Verschönerungen an Häusern, großartigen Bauten, luxuriösen Einrichtungen anlangt, so wird dies schon durch die Sorge der Speculanten geschehen. Damit aber diese die bereits begonnenen Bauten so bald als möglich ausführen können, mit denen sie schon im vorigen Jahre angefangen haben, damit auch die Badegäste ein Unterkommen finden, ist es eben nöthig, daß der Staat das Bad übernimmt und herstellt, und Niemand mehr in Ungewißheit bleibt.

Präsident Joseph: Ich will dem Abg. Sahn bemerken, daß er Unrecht hat, wenn er glaubt, der Secretair Hohlfeld habe Personen, Mitglieder der Kammer, lächerlich gemacht; derselbe hat nur über die Sache gesprochen.

Abg. Schweigert: Um Mißverständnisse zu vermeiden, will ich nur erwähnen, daß es sich nicht um eine Steuerbewilligung, sondern um eine zweckmäßige Verwendung des Domainenfonds handelt, um den doppelten Zweck zu erreichen, eine sichere Rente der Staatscasse zu verschaffen und zugleich einer Gegend eine Quelle des Wohlstandes zu eröffnen. Ich glaube, daß man sich insofern ganz dafür aussprechen kann. Wenn es sich darum handelte, einem Ministerium, welches erst ein Mißtrauensvotum von uns erhalten hat, Steuern zu verwilligen, so würde ich meine Meinung anders zu erkennen geben und meine Abstimmung anders motiviren.

Präsident Joseph: Da Niemand mehr das Wort begehrt, so erkläre ich die Debatte für geschlossen.

Berichterstatter Abg. Kaiser: Die wahre Demokratie beschäftigt sich nicht bloß mit Beförderung der politischen Freiheit und der nationalen Interessen, sondern es ist ihre Aufgabe eigentlich auch die, die gesellschaftlichen Zustände zu verbessern. Wenn nun von zwei achtbaren Mitgliedern dieser Kammer, die ich für wahre Demokraten halten muß, auf den Ausschußbericht ein Hauptangriff gemacht worden ist, so nimmt mich das Wunder. Denn ich glaube, daß die Volks-

vertretung des Königreichs Sachsen, welche doch gewiß in ihrer Majorität aus gesinnungstüchtigen Demokraten besteht, es sich zum Ruhme anrechnen wird, hier, wo ein Gegenstand socialer Natur vorliegt, diesem ihre Hülfe angedeihen zu lassen. Den Abg. Hohlfeld hat mein Freund Dyppe auf eine sehr treffliche Weise abgefertigt; ich wollte ihm dasselbe zu verstehen geben. Ich will ihn bloß daran erinnern, und er mag die Hand aufs Herz legen, wenn ich ihn frage: Würde, wenn die Mineralquellen von Elster in der Lausitz gelegen wären, der ehrenwerthe Herr Kammersecretair heute auch gegen den Ausschußantrag gesprochen haben? Ich glaube nicht! — Ich dünkte, der lausitzer Particularismus könnte mit uns hier in der Kammer gewiß zufrieden sein. Wir sind ihm da nicht entgegengetreten, wo es galt, durch Begünstigung desselben sociale Verhältnisse zu befördern. Ich wende mich nun zu den Einzelheiten der Gründe, welche von dem Abg. Böricke vorgebracht worden sind. Der Abg. Böricke hat zunächst bemerkt, was wir schon oft zu hören Gelegenheit hatten: der Staat dürfe sich mit keinem Gewerbsunternehmen befassen. Das mag in seiner Allgemeinheit wohl wahr sein, allein es giebt sehr viele Unternehmen im Staate, bei welchen sich eben der Staat auch theiligt. Ich will nur auf die Eisenbahnen hinweisen. Der Staat hat sich an diesen in einer großartigen Weise theiligt, da doch, wie auch im Ausschußberichte bemerkt worden ist, die Rentabilität der Unternehmungen kaum allenthalben zu erwarten war. Glauben Sie denn z. B., daß die Theiligung des Staats an der Chemnitz-Niesauer Eisenbahn sich jemals rentiren werde? Diesem allgemeinen Gesichtspunkte also könnten wir hier, wo es dem Wohle der leidenden Menschheit gilt, keinen Vorrang zugestehen. Weiter hat der Abg. Böricke die Höhe des in Aussicht gestellten Postulats angeführt. Nun, wenn man mit so viel Wahrscheinlichkeit, als hier, annehmen darf, daß das Capital, und wenn es noch so groß wäre, sich rentiren wird, so kann auch die Höhe der geforderten Summe nicht in Betracht kommen. Weiter sagt der Abg. Böricke: der Staat besitze jetzt keine Gelder für derartige Zwecke. Es ist bereits von mehreren Abgeordneten darauf schon erwidert worden, daß es sich nicht gerade darum handle, der hierzu nöthigen Summen wegen von den Staatsangehörigen neue Steuern zu erheben, daß vielmehr das Elsterbad auf den Domainenfonds übernommen werden soll. Es ist also gleichsam eine Anlegung von bereits vorhandenen Geldern, welche mit dem Budget nichts gemein haben. Der Abg. Böricke vermißt weiter eine Garantie für den Vorschlag. Nun davon kann hier keine Rede sein; wir verlangen ja erst specielle Vorlage über den Vorschlag, und erst wenn wir diesen haben, wird es an der Zeit und am rechten Orte sein, sich darüber weiter zu verbreiten. Der Aufwand — fährt der Abg. Böricke fort — stehe auch mit dem in Aussicht gestellten Vortheile nicht im Verhältnisse. Da verweise ich nur auf das, was ich für die Rentabilität des Unternehmens im Berichte selbst gesagt habe; es ist höchst wahrscheinlich, daß alle Staatsgelder, welche jemals für solche